

Das Gewaltmonopol steht auf der falschen Seite *Jeder ist sich selbst der Nächste!*

Kurze Zeit haben es Politik und Pinocchio-Medien im vorbildlich antifaschistischen Wunderland Deutschland geschafft, die während der Silvesternacht in Köln erfolgten Übergriffe, mutmaßlich nordafrikanisch-arabischer Kulturbotschafter (liederliche deutsche Frauen hatten den Nerv gehabt, ohne angemessene männliche Begleitung durch die Stadt zu flanieren und wurden massiv bedrängt), unter der Decke zu halten. Schweigen im Walde. Denn einerseits kann ja nicht sein, was nicht sein darf - immerhin handelt es sich ja um durchwegs kultivierte, mehrheitlich hochgebildete Herren, die es aus dem Morgenland und Afrika nach Mitteleuropa zieht - und andererseits darf man keinesfalls der Pegida, der AfD oder anderen rechtsradikalen Desperados in die Hände arbeiten, indem man über derlei (im Grunde harmlose) Einzelfälle allzu viel Aufhebens macht. Nach wie vor gilt: Wir schaffen das!

Nun ist es aber doch passiert: Mindestens sechzig der von den ein wenig übermütigen Zugereisten attackierten (in den weniger glücklichen Fällen zusätzlich ausgeraubten, in einem Fall mutmaßlich auch vergewaltigten) Frauen, haben überraschenderweise auf die Durchhalteparolen der Willkommensfraktion gepfiffen und Anzeigen erstattet. Im (bislang noch einigermaßen freien) Internet überschlagen sich seit Tagen die Meldungen über diese Vorfälle. Die weitere Geheimhaltung im Hinblick auf den „*Kampf gegen rassistische Stereotype*“ war daher nicht mehr länger durchzuhalten. Der örtliche Polizeichef zeigt sich im Rahmen einer eilig anberaumten Pressekonferenz „erschüttert“ von den (natürlich absolut unvorhersehbaren) Vorkommnissen. Die politisch hyperkorrekte Oberbürgermeisterin verspricht immerhin „Maßnahmen“. Wie beruhigend.

Weniger beruhigend wird auf therapieresistente Paranoiker indes der Umstand wirken, dass die angekündigten Maßnahmen, lediglich in einer verstärkten *Videoüberwachung* neuralgischer Punkte der Stadt bestehen sollen. Hilft es den Opfern von Gewalttaten tatsächlich weiter, wenn sie sich, falls sie eine Attacke überleben, diese Begebenheit hernach - und so oft sie wollen - auf Video zu Gemüte führen können? Leise Zweifel daran sind (noch) erlaubt.

Leider haben sich die Warnungen der Zuwanderungskritiker schneller und auf dramatischere Weise bewahrheitet, als viele von ihnen selbst angenommen haben. Eine selbsterfüllende Prophezeiung?

Einige Dinge stehen indes völlig außer Frage:

- 1.) Beim „Fall Köln“ handelt es sich um ein bedauerliches *Einzelereignis*.
- 2.) Der *Migrationshintergrund* der mutmaßlichen Täter ist ohne jede Bedeutung.
- 3.) Insbesondere ein allfälliges *muslimisches Glaubensbekenntnis* der Täter, steht mit den angezeigten Übergriffen in keinerlei Zusammenhang.
- 4.) Keinesfalls darf zugelassen werden, dass *rechtsradikale Gruppen* die Vorfälle zur politischen Agitation instrumentalisieren.
- 5.) Im Hinblick auf Punkt 4 ist daher unverzüglich ein *runder Tisch für den Kampf gegen Rechts* zu organisieren.

Die politische Führung Deutschlands hat (so wie auch die Regierungen anderer von der Völkerwanderung heimgesuchter Länder der Alten Welt), das von vielen Kritikern seit Langem vorhergesagte Sicherheitsproblem mit ihrer frivolen Politik mutwillig herbeigeführt. Da die potentiell gefährlichen Elemente, dank des „Sperrklinneneffekts“ der Asylgesetzgebung, nicht einfach ausgeschafft werden können, ist jederzeit mit weiteren Übergriffen zu rechnen.

Da aber die extreme Staatsverschuldung, die kritische wirtschaftliche Lage und die immensen Kosten der Massenimmigration, kaum Geld für die Anstellung zusätzlicher Sicherheitskräfte zulassen, ist klar: jeder ist sich selbst der Nächste.

Keine Illusionen bitte! Die Wahrscheinlichkeit, künftig Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, wird – nicht nur für Frauen - erheblich zunehmen. Die Anwälte der Täter werden, wie gehabt, auf „Verbotsirrtum“ plädieren und damit vielfach durchkommen. Der „Fall Köln“ wird also kein Einzelfall bleiben. Sich im Fall der Fälle auf die Hilfe des Gewaltmonopolisten zu verlassen, könnte sich mit etwas Pech als letzter Fehler des Lebens erweisen.

Kein Polizist ist den bedauernswerten Opfern in Köln (und anderswo) zur Seite gestanden, als es ernst wurde. Es wird es auch künftig keiner da sein. Polizisten sind zum Schutz des gemeinen Bürgers und Steuerzahlers unbrauchbar und lediglich dafür gut, post festum, Spuren zu sichern.

Folglich ist ein radikales Umdenken geraten. Das staatliche Gewaltmonopol hat, im günstigsten Fall, seinen Bankrott erklärt. Im weniger günstigen Fall, stellt es sich allerdings auf die Seite der Täter, indem es diese massenhaft ins Land holt, behaust, verköstigt, beschützt und den potentiellen Opfern – mit einem restriktiven Waffengesetz - jede wirksame Notwehr unmöglich macht.

Jede(r) hat daher, angesichts einer jeden Gewaltverbrecher begünstigenden Gesetzeslage, abzuwägen, wie sie/er sich verhalten soll. Ein im Original aus den USA stammender Sinnspruch drückt es so aus: „*Entweder von Zwölfen gerichtet oder von Sechsen getragen*“. Keine ganz abwegige Überlegung. Bauchstich, Vergewaltigung oder Koma auf der einen Seite, steht gegen ein Strafverfahren wegen Notwehrüberschreitung und/oder illegalen Waffenbesitz´, auf der anderen.

Das ist kein Aufruf zur Gesetzesüberschreitung. Jedermann darf weiterhin auf die (obsolete) Sicherheitszusage des großen Bruders setzen. Jede(r) hat die Wahl. Auf die helfende Hand des Freundes und Helfers braucht im Ernstfall indes keine(r) zu warten. Denn der ist mit der Jagd auf Schnellfahrer und mit waffenrechtlichen Kontrollen von Sportschützen ausgelastet.